

# Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Am Freitag

werden die 6 gehaltenen Kolonnen  
oder aber Raum mit 80 Sp. ...  
aus 20 Sp. berechnet und in  
unseren Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angemessen  
Bemerkungen die Zeit 75 Pf. für 1000  
Anschläge 1 Mt.

Ercheint täglich einmal,  
Sonntag und Montag ausnahmslos.

Redaktion und Druck-Verlag:  
Halle a. S., Marktstraße 17;  
Telegraphische Anstalt Markt 24.

### Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger  
Zahlung 2,50 M., durch die Post  
2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr  
Zusammen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungsbüro  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für anverlangt eingehende Kammiträge  
mit sehr Verzicht übernommen.  
Abdruck aus der Zeitungsmenge:  
„Saale-Zeitung“ gestattet.

Bemerkungen der Redaktion Nr. 1160;  
der Anzeigen-Verwaltung Nr. 170; der  
Abonnements-Verwaltung Nr. 1133.

Nr. 523.

Halle a. S., Dienstag, den 7. November.

1911.

**Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“**  
werden ungesegnet von allen Postanstalten und unseren  
Expeditionen angenommen. **Der Verlag.**

## Die Einfuhr von Viehfutter.

Bei der gegenwärtigen auf der Mähernte von Futter-  
mitteln bestehenden mangelhaften Lage der kleinen und mitt-  
leren Landwirtschaft ist es, will man die Produktionsfähig-  
keit gerade des Bauernstandes erhalten, unbedingt not-  
wendig, für billige Beschaffung von Futtermitteln Sorge zu  
tragen. Die diesbezüglichen Vorschläge spielen deshalb auch,  
sei es im Reichstag, sei es in der Presse, sei es in den  
Wahlversammlungen eine große Rolle. Und das mit Recht,  
denn die Masse ruft nach billigem Fleisch. Solches kann uns  
aber der Bauer nur liefern, wenn ihm neben ausreichendem  
intensiven Seuchenschutz billige Futtermittel geboten wer-  
den. Der Ausfall an Futtermitteln schwächt die bäuerliche  
Landwirtschaft in ihrer Lebensfrage, sie schwächt die Milch-  
wirtschaft, schwächt die Mastwirtschaft, hindert so die Fleisch-  
produktion. Der landwirtschaftliche Großbetrieb leidet  
wenig oder fast gar nicht unter der Futtermittelnot, denn er  
kommt als Viehhändler gar nicht in Betracht. Der deutsche  
Landwirtschaftler — diese Stelle dürfte wohl auch von dem  
württembergischen Großgrundbesitzer anerkannt werden  
— hat festgestellt, daß 88 Prozent aller Rinder und  
93 Prozent aller Schweine sich in den Händen des kleinen,  
kleinen und mittleren bäuerlichen Besitzes befinden und nur  
7 bzw. 2 Prozent vom Großgrundbesitz aufgebracht werden,  
wenn man in Betracht zieht, daß 95 Prozent des gesamten  
Viehbestands von der deutschen Landwirtschaft gebildet wird.  
Um nun bei der jetzigen kritischen Zeit für genügend billiges  
Futter zu sorgen, verlangte die fortschrittliche Volkspartei  
die Suspension der Futtermittelzölle für die Notzeit. Die  
Regierung brachte nur zu wollen, so hätte sie im  
Reichstage eine Mehrheit für diese Forderung gefunden. Die  
Konserverativen wollten aber als Vertreter des Großgrund-  
besitzes nicht und so mußte sich der Reichstagsler aufschwin-  
gen und in langer Rede diese im Interesse der Kleinland-  
wirtschaft geforderte Maßnahme bekämpfen, das Hochschutts-  
system, das so „bewährte Wirtschaftssystem“ verteidigen.  
Draußen im Lande aber ziehen die Agitatoren des Bundes  
der Landwirte landauf und landab und verkünden den auf-  
strebenden Bauern, daß es keine Futtermittelnot gäbe, daß  
fließende Futtermittel gollfrei aus dem Auslande herein-  
geholet werden können, daß es folgedessen Anstun sei, die  
Zölle aufzuheben.

Danon aber, daß es an Getreidefuttermitteln bei uns  
mangelt, daß solche mit einem erheblichen ins Gewicht fallen-  
den Zoll belastet bei uns eingeführt werden müssen, er-  
fahren die Bauern nichts; daß für diese Futtermittel all-  
jährlich Millionen Mark an Zöllen ausgegeben, um Mil-  
lionen Mark die deutsche Viehhaltung verteuert, die Fleisch-  
produktion der kleinen und mittleren Landwirtschaft somit  
erheblich erschwert wird, davon erwähnt man nichts. Der  
Bauer dürfte dann nicht mehr geneigt sein, den Konser-  
vativen Geselligkeit zu leisten, dürfte dann kaum zur Mit-  
gliedschaft beim Bunde der Landwirte bereit sein.

Wie hat die Einfuhr an Getreidefuttermitteln ist, er-  
kennt man daraus, daß während 1910 an Futtergerste, Hafer  
und Mais 23 771 412 Doppelzentner eingeführt waren, sich  
diese Zahl in den ersten neun Monaten dieses Jahres be-  
trägt auf 33 791 056 Doppelzentner erhöht hat. Es wurden  
eingeführt von Januar bis September 1911:

Gerste	22928231	Doppels.	Zoll 1,30 M.	= 29,8 Mill. Mark
Hafer	5215233	"	1,00	= 26,0
Weizen	5647592	"	3,00	= 15,9
33791056 Doppelzentner				= 71,7 Mill. Mark

Um diese 71,7 Millionen Mark ist allein in den ersten  
neun Monaten dieses für die Landwirtschaft so ungünstigen  
Jahres die Viehhaltung verteuert, das in einem Jahres-  
abschnitt, wo infolge der eben abgelaufenen Körnerernte  
der Mangel an diesen Getreidefuttermitteln noch nicht so  
fühlbar ist, wo aus demselben Grunde der Bedarf nach  
solchen ausländischen Futtermitteln noch nicht den Höhe-  
punkt erreicht hat.

Wenn die Rechtsparteien, allen voran die im Schlep-  
tau des Bundes der Landwirte befindlichen Konserverativen  
würtliche Freunde des kleinen und mittleren Landwirts  
wären, wie sie dies immer vor den Wahlen bei passender  
und unpassender Gelegenheit behaupten, dann hätten sie mit

Freuden die Gelegenheit benutzen müssen, um die Arbeit des  
kleinen Bauern zu schätzen, hätten die Gelegenheit benutzen  
müssen, durch Aufhebung der Futtermittelzölle dem  
Bauern als Viehhändler billige Futtermittel zu verschaffen,  
ihm so zu helfen, seinen Viehstand auch während der Not-  
zeit durchhalten zu können. Sollte es sich um neue Liebes-  
gaben, um neue Prämien gehandelt, dann wären freilich  
die Herren gern bereit gewesen, das „bewährte Wirtschafts-  
system“ zu durchbrechen.

Emil Schwilgin, Halle a. S.

## Neue Erfolge der chinesischen Rebellen.

Schanghai, 6. November.

Die gesamte hiesige Bevölkerung ist auf Seiten der Revo-  
lutionäre, die auch weiterhin hier jedes Blutvergießen ver-  
meiden haben und sich mühsam gegen die Fremden betragen.  
Es fehlt ihnen aber eine einheitliche Führung. Der Gouver-  
neur von Sutschau ist zu den Aufständischen übergegangen, der  
Süden der Provinz Kiangsi, die Schanghai-Kanlung-Eisen-  
bahn, die Wuhang-Jorts und die Chinesenstadt von Schanghai  
sind in den Händen der Revolutionäre, die sich im Arsenal  
von Schanghai mit genügend modernen Waffen versehen und  
ihre Rekruten eingefellert haben. Die hiesigen chinesischen  
Kriegsschiffe haben ohne Widerstand heute morgen die Revo-  
lutionsflagge gehißt. Die Befreiungen, die Umgebung von  
Schanghai als neutral zu erklären, sind fallen gelassen worden,  
dagegen sind Befreiungen vorhanden, die Rebellen als kriegs-  
führende Macht anerkennen. Die fremden Interessen sind  
durch Kriegsschiffe und Freiwillige genügend geschützt, es  
herrscht vollkommen Ruhe. Der Handel zeigt bereits eine  
leichte Steigerung; einlaufende Waren werden von Chinesen nicht  
abgenommen, und so fehlt es an Bargeld. In Hankau ist ein  
Stillestand in den Operationen eingetreten, man hat mit Ver-  
handlungen begonnen.

### Der Schutz der deutschen Interessen.

Der große Kreuzer „Gneisenau“ hat den Befehl erhalten,  
nach der Rede von Wuhang zu gehen zur Wahrung der deut-  
schen Interessen in Schanghai. Seine Ankunft ist dort am 8.  
d. M. zu erwarten. Er wird in Kanlung durch das Kanonen-  
boot „Tiger“ eriekt, so daß die funktentelegraphische Verbin-  
dung Hanlau-Kanlung gesichert bleibt. Der Chef des Kreuzer-  
geschwaders hat vor Hankau seine Fingae auf dem Kanonen-  
boot „Luchs“ gesetzt.

London, 6. Nov. Die Bejornnis, daß die unmenschliche  
Luft an Mord und Brand schließlich doch den Europäern ge-  
fährlich werden muß, wird durch folgendes Berliner Tele-  
gramm des „Newport Herald“ betont: Der deutsche Gouver-  
neur von Tintung ist von Admiral Winsloe in Hankau durch  
Funkensprache benachrichtigt worden, daß dieser der Ansicht ist,  
daß die Zeit zum Eingreifen der europäischen Mächte gekommen  
ist und er die britische Regierung in diesem Sinne verständigt  
habe. Er hält es für ratam, daß jede der interessierten Mächte  
sofort 1500 Mann Truppen nach Schanghai entsende.

## Jungliberaler Parteitag.

S. & H. Karlsruhe, 4. November.

Im Saale der „Vier Jahreszeiten“ hierseft trat heute unter  
sehr zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen  
des Reiches der Reichstagsklub der Vereine der nationalliberalen  
Jugend zu seiner 18. ordentlichen Vertreterversammlung zusammen.  
Zunächst hielt Rechtsanwalt Kaufmann ein Referat über

### Jungliberale Bewegung und politische Lage.

Der Redner ging zunächst auf den Verlauf der Reichsfinanzreform  
ein. Es werde nicht vergessen werden, mit welcher ehrlicher Be-  
geisterung sich die besitzenden Klassen der Städte zu steuerlichen  
Opfern für das Reich förmlich gedrängt hätten. Aber ebenso-  
wenig werde es den Konserverativen vergessen werden, wie sie dieses  
Feuer mit einem kalten Wassersturz ausgelöscht hätten. Nur das  
Interesse des Großgrundbesitzes, nicht das der Bauernschaft, sei  
durch die Erbschaftsteuer bedroht erschienen, und nur darum sei  
der Wilmsloob vernichtet worden. Der Ausgang der Reichs-  
finanzreform habe die

### Konserverativen unelstisch mit dem Zentrum

im schwarz-blauen Block verbunden, obwohl die Konserverativen  
ursprünglich in erretlicher Weise gegen die Uebergriffe des Zentrums  
Schulter an Schulter mit den Nationalliberalen kämpften, trotzdem  
die Uebergriffe des Ultramontanismus gerade in den  
letzten Jahren immer zahlreicher wurden. Wir geben dem latho-  
lischen Volkstet zu, daß er empfindlich sein darf, wenn er in seinen  
religiösen Empfindungen sich angegriffen glaubt, aber ein Unrecht  
an deutschen und latholischen Völkern ist es, daß diese Empfindlich-  
keit und religiösen Gesühle zu Waffen im politischen Kampfe  
gemacht würden, wie es vom Zentrum geschieht. Das Zentrum  
versteht die latholischen Mitbürger durch eine  
Art chinesischer Mauer vom gesamten deut-  
schen Volke zu trennen. Diese Tendenz der Empörung  
eines Teils unseres Volkes in einen Zustand geistiger Isolierung  
mache auch die Sozialdemokratie untröstlich.

Nationalliberale und freisinnige Volkspartei  
mühten Schulter an Schulter kämpften. Was den Erfolg der  
Reichstagswahlen anlangt, so meint der Redner, daß nach Ansicht  
mehrerer Leute die Vernichtung des schwarz-blauen Blocks selbst auf  
die Gefahr der Steigerung der sozialdemokratischen Mandate zu  
erkennen sei. Der Erfolg würde in diesem Falle aber nur die  
Unentbehrlichkeit des Zentrums für die Regierung sein. Des-  
halb müsse der Liberalismus vor den Hauptmächten den Kampf  
gegen Sozialdemokratie mit derselben Entschiedenheit führen, wie  
den gegen die Reaktion und sich für die Schwächen erst festlegen,  
wenn der Ausfall der Hauptmächten zu übersehen sei.

Ein trauriges Bild habe sich gezeigt bei den Reichstags-  
debatten über die Teuerung. Ohne jede Rücksicht auf andere  
als auf die Großgrundbesitzer, ohne auch nur ein warmes Wort  
für den Notstand zu finden, habe Bethmann Hollweg jedes  
Entgegenkommen rundweg abgelehnt. Er habe mit aller Deut-  
lichkeit gezeigt, für wen und durch wen wir regiert werden, zum  
Tuglen des Großgrundbesitzes durch eine Burokratie, die jeden  
Kontakt mit den Bedürfnissen des deutschen Volkes und den  
geitigen Strömungen in ihm verloren hat. Gegenüber diesen  
Vorwürfen verneigt nicht der Einwand, daß sich die Regierung auf  
die Mehrheit in den Parlamenten stützen kann. Die konserverative  
Mehrheit im Abgeordnetenhaus ist auf der Grundlage des Drei-  
klassenwahlrechts aufgebaut und der schwarz-blau Block im Reichs-  
tage enthält nur 36 Proz. der abgegebenen Stimmen. Das ist  
die Folge der alten Wahlkreiserteilung, die gerade den zurück-  
gebliebenen Kreisen einen Ueberbiss gibt. Darunter leiden die  
übrigen Kreise des Volkes, besonders die Kreise der Industrie, des  
Handels, des Gemesdes, der Beamten, der Privatangestellten, der  
nationalen Arbeiterklasse, der Klein- und mittleren Bauern,  
Kreize, aus denen die Nationalliberalen ihre Stärke ziehen. Vor  
allem muß gefordert werden eine

### Durchführung des konstitutionellen Systems

durch Einführung eines verantwortlichen Reichs-  
ministeriums und Staatsgerichtshofes, die nicht den  
Reichstag zu einer Farce herabdrücken, dagegen die Stellung  
des Kanzlers in nur alzu bekannter Weise unfunktionierbaren  
Einflüssen entzieht. Die gegenwärtige Reichstagslage auf diesem  
Gebiete muß je eher je besser geändert werden. Erst wenn die  
Verantwortlichkeit der leitenden Staatsämter gegenüber dem  
Reichstage verwirklicht wird, wird es ernst werden mit der Ver-  
antwortlichkeit des Reichstages vor Volk und vor Geschichte. Die  
politische erzieherische Wirkung, die eine Wenderung in dieser Be-  
ziehung auf das deutsche Volk ausüben müßte, kann nicht über-  
schätzt werden und würde sich noch vervielfachen, wenn gleichzeitig  
das Proportionalwahlsystem dem Volke die Möglichkeit geben  
würde, ohne jede Beeinträchtigung seinen politischen Willen im  
Reichstage wiederzugeben zu können.

## Deutsches Reich.

### Unsere „Kriegsbereitschaft“.

Wie der „Fränkische Kurier“ aus besserer Quelle erfahren  
haben will, soll es in den Kreisen des höheren Offizierkorps  
längst bekannt gewesen sein, daß, als vor drei Monaten die  
Konfliktgefahr ihren Höhepunkt erreicht hatte, der Kaiser  
den Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichsmarine-  
amtes zu sich gerufen habe, um sie zu befragen, ob Deutschland  
tatsächlich aktionsbereit sei. Während der Kriegsminister mit  
einem entscheidenden Ja geantwortet habe, habe Herr v. Tirpitz  
darauf verwiesen, daß er nicht ohne Bedenken in einen Krieg  
gehen würde, und zwar erstens mit Rücksicht darauf, daß der  
Kaiser-Wilhelm-Kanal augenblicklich nicht benutzbar sei;  
zweitens, weil unsere Vorkriegsdienstleistungen bei Turpanen  
nicht schlagfertig sei (sie soll angeblich mit veralteten  
Geschützen ausgerüstet sein) und drittens, weil unsere Unter-  
seeboote weder an Zahl noch in Bezug auf ihre Technik dem  
Feinde gewachsen seien, und endlich unter dem Hinweis auf  
die Tatsache, daß unsere Hochseeflotte nur mit 28-Zentimeter-  
Geschützen ausgerüstet sei, während die englischen Schiffe mit  
30- und 34-Zentimeter-Geschützen bewaffnet seien.

### Französische Pressstimmen zu dem Marokko-Abkommen

lassen erkennen, daß der deutsch-französische Vertrag für  
Deutschland doch nicht so ganz unvorteilhaft sein  
kann, wie die alldeutschen Blätter fortgesetzt behaupten. Die  
„Libre Parole“ z. B., ein in Offizierskreisen vielgelesenes  
Blatt, kündigt der Regierung der französischen Republik schärfste  
Tadel an. Das Pariser Heftblatt gönnt dem Deutschen Reich  
noch nicht einmal die wirtschaftlichen Zugeständnisse in  
Marokko. Das Capwinienblatt sagt:

„Erst durch die deutsche Mitteilung“, so fährt die „Libre  
Parole“ fort, „haben wir erfahren, daß die wirtschaft-  
liche Gleichberechtigung in Marokko auf einer  
Menge kleinlicher Vorurteile beruht, die uns  
überall dem bösen Willen der Teutonen aussetzt. Wir haben  
nicht einmal die verpöblichen Grenzberichtigung für Dabomey  
erhalten. Endlich sind die beiden Berührungspunkte am Kongo  
um am Ubangi weit breiter, als man geglaubt hatte, denn der  
eine mißt sechs und der andere zwölf Kilometer. Es zeigt nur  
von dem unerlässlichen Heißhunger der deutschen Nation und  
dem wahnwitzigen Eigendünkel der Bangermannen, daß heute



Die deutsche Presse ein Gesicht erhebt, als ob der Vorzeil des Vertrages nur auf unserer Seite lie. Was merkwürdige Ver-  
täuherung der Rollen! Frankreich wird amputiert und  
Deutschland schreit. Die Demission des Ministers  
v. Lindquist ist dafür charakteristisch; er geht, wie er sagt, weil  
Deutschland ein Stück seines Kolonialgebietes abgetreten hat,  
und dieses Stück ist bloß das äußerste Ende des Entschensabels.  
Wenn eine solche Demission dem abgetretenen Gebiet entsprechen  
sollte, so fällt in Frankreich nicht nur alle Minister,  
sondern selbst Kaiserliches Juridiktoren.

Am schließlichen ist freilich auch diesmal das Urteil der  
unparteiischen „Autorität“, die partiell ausruft:

„Am 1. März 1911 ist der französisch-deutsche Vertrag ab-  
geschlossen worden. Man hätte keinen besseren Tag dafür  
wählen können. Von allen Beschlüssen, womit die Geulle so  
nennen die Paragrafen der Republik Frankreich schenkt  
hat, wird diese die kostmündigste und schmerzhafteste bleiben. Und  
doch kann niemand wissen, ob wir nicht in einem oder in zwei  
Jahren noch einer schmerzlicheren Erniedrigung ausgesetzt sein  
werden. Nach vier Monaten schmerzlicher Verhandlungen erbt  
Deutschland 300 000 Quadratkilometer und Frankreich bloß  
16 000.“

„Marokko wird dabei von der „Autorität“ mit Schweigen  
übergangen. Dieser Knüttelgriff erleidet allerdings ihre Be-  
hauptung, daß Frankreich schon wieder einmal „verraten“ wor-  
den ist.

### Ein Sachverständiger über das Marokko-Abkommen.

Eine führende Persönlichkeit aus dem rheinisch-west-  
fälischen Großhandels- und gleichzeitig Vorhändler großer  
industrieller Unternehmungen, der Direktor des A. Schaaf-  
hausen'schen Bankvereins, Kommerzienrat Albert Hei-  
mann, ist von einem Vertreter des Tag. hinsichtlich des  
Einbruchs befragt, den das Marokko-Abkommen auf ihn und  
seine Kreise gemacht habe.

Kommerzienrat Heimmann sieht den Hauptwert des Ab-  
schlusses darin, daß damit ein langjähriger Druck von dem  
politischen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes und  
insbesondere des Westens genommen sei. Eine kriegerische  
Verwicklung hätte gerade in dieser Zeit, wo in einer großen  
Anzahl von Industrien im Hinblick auf Verbands- Erneuerungen  
bedeutende Neuanlagen und Erweiterungen in der  
Durchführung begriffen sind, großen Schaden und große Ver-  
wirrung angerichtet, und die ganze Industrie des Westens  
müsse unserer Regierung für die Erhaltung des Friedens auf-  
richtig dankbar sein.

Gewiß ist die wirtschaftlichen Bestimmungen des Marokko-  
vertrages schon jetzt wirksam, so, während sie das Prinzip  
der offenen Tür, welches unter den gegebenen Verhältnissen  
das einzig Richtige und Durchführbare war, unter diesen  
Umständen, und da alle anderen Nationen, sobald der Marokko-  
vertrag international geworden sein wird, mit uns an dessen  
streitiger Durchführung gleich interessiert sein werden, dürfte es  
gerade dadurch nicht leicht werden, die wirtschaftlichen Bestim-  
mungen des Vertrages zu umgehen, wie in anderen Kreisen  
befürchtet zu werden scheint. Die Neuerwerbungen an Kon-  
gen mögen viel oder wenig wert sein, jedenfalls aber bedeuten sie  
eine ganz lohnenswerte und unerwarteten Zuwachs unseres  
Kolonialgebietes und eine Verbesserung der Verkehrswege und  
der Aus- und Einfuhr-Möglichkeit für Mittelamerika.

Obwohl die Marokko-Frage vielleicht in ihren Anfängen  
etwas anders hätte angegriffen werden können, so wäre doch  
jeder Versuch, in Marokko selbst neue Gebiete zu erwerben, als  
ein höchst gefährliches, nicht genügend abzuwägendes Waga-  
nis zu verzeihen gewesen, da das unferne Land unerlöste  
Rassen und Sittenverhältnisse bereitet, und unsere militärische  
und politische Situation in Europa sehr geschwächt hätte. „Wir  
im Westen“, sagt unser Gewährsmann, „erkennen an, daß  
unser jetzige Regierung eine äußerst schwierige und verwerfliche  
Aufgabe in gefährlicher Weise ohne Opfer an Gut und Blut einem  
geheimlichen Ende entgegengeführt, unter den einmal gegebenen  
Umständen für unser Land das Beste erreicht hat und somit  
den Dank der Nation in vollem Maße verdient.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung  
veröffentlicht in ihrer Dienstags-Ausgabe den Wortlaut  
des deutsch-französischen Abkommens betreffend Marokko, das  
in 15 Paragraphen niedergelegt und am 4. November ab-  
geschlossen ist. Gleichzeitig bringt das amtliche Blatt einen ge-  
nauen, 17 Artikel umfassenden Inhalt des deutsch-französischen  
Abkommens betreffend die beiderseitigen Besitzungen in  
Westafrika. (Wir werden auf einzelne Paragraphen  
des Abkommens später eingehen.)

### Die Wiederkehr des Reichstags.

Der Reichstag tritt heute nachmittags 2 Uhr wieder zu-  
sammen. Auf seiner Tagesordnung steht noch nicht das  
Marokko-Abkommen. Erst wird man sich mit dem deutsch-japa-  
nischen Handelsvertrag, dem deutsch-englischen Auslieferungsv-  
ertrag, den Handelsbeziehungen zum Britischen Reich, den  
kleineren Akten für Kolonialgebiete beschäftigen. Allein alles  
Interesse wird gegenwärtig von den Vereinbarungen mit  
Frankreich und dem Vernehmlich in Kolonialamt beaus-  
sprucht. Und jedermann ist gespannt auf die Beantwortung  
der Anfragen über Marokko, die endlich für Mittwoch erwartet  
wird.

Zwischen der Wiederkehr des Reichstags und seinem en-  
dlichen Abschied werden vielleicht drei Wochen liegen, zwischen  
heute und dem Wahltage liegen wenig mehr als zwei Monate.  
Es gibt Leute, die immer noch hoffen, es werde schon etwas  
geschähen, um die Volkstimung zu verbessern und der Sozial-  
demokratie den Boden abzugraben. Was geschähen wird,  
wissen wir freilich nicht. Es rechnet auf ein Wunder. Wer  
aber nicht wundergläubig ist, wird befürchten, daß die pes-  
simistische Voraussage des Kaiser's Bildes sich in weit  
höherem Maße erfüllen wird, als ihm selbst vorzuschwebte oder  
sich sein kann. Die bevorstehenden Verhandlungen des Reichs-  
tags werden diesen Ausgang kaum verbürgen.

Die Reichsregierung hat in die Ständige Ausschusskom-  
mission für die deutsche Industrie ständige Vertreter abgeordnet,  
und zwar das Auswärtige Amt den Geheimen Legationsrat  
und vortragenden Rat Coetzsch, das Reichsamt des Innern den  
Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat Albert.

### Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser fuhr Montag vormittag im Neuen Palais bei  
Ketsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen  
Geheimen Rats von Valentini.

Die Kaiserin hat dem Magistrat der Stadt Berlin ein  
Dankschreiben gefandt, in dem es u. a. heißt:

„Es gereicht Mir zur besonderen Freude, daß der Magistrat

die Bestrebungen der Nächstenliebe und Barmherzigkeit, die die  
höchste Keiner uns als heiligste Pflicht einer großen  
Zeit hinterlassen hat, auch im vergangenen Jahr in verständnis-  
voller Weise zu fördern bemüht war und sich insbesondere der  
heute mehr denn je dringenden Aufgaben der Jugend-er-  
ziehung und der Kinderfürsorge angenommen hat.  
Ich hoffe, daß es mit Gottes Beistand gelingen wird, das Ver-  
ständnis für diese Aufgaben in immer weitere Kreise zu tragen  
und auf diese Weise eine erfolgreiche Hebung des religiösen,  
sittlichen und leidlichen Wohls der Bevölkerung zu fördern.“  
gez. Auguste Viktoria I. R.

## Die kommende Reichstagswahl.

### Aus dem Wahlkreise Galde-Mischerleben-Lueddinburg.

Mischerleben, 6. Nov. Amtsgerichtsrat Dr. Reich ist von  
dem Kandidat zum Reichstagswahlkreise zurückgetreten, nachdem die  
von ihm bei der Uebernahme der Kandidatur gestellte Bedin-  
gung der nachträglichen Erhebung der bürgerlichen Parteien auf  
seine Person nicht erfüllt wurde. In der heute im alten  
Schützenhause abgehaltenen, von allen bürgerlichen Parteien  
sehr zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung wurde  
nämlich Geheimrat Kommerzienrat Coltes Bier als gemein-  
samer Kandidat in Vorschlag gebracht. Geheimrat Coltes hat  
sich bereit erklärt, als Kompromißkandidat und den Verhält-  
nissen des Wahlkreises entsprechend im Falle seiner Wahl der  
nationalliberalen Reichstagsfraktion beizutreten. Nach um-  
fassender Aussprache, bei der auch durch einen Vertreter der  
Zentrums Partei im Wahlkreise eine zustimmende Erklärung ab-  
gegeben wurde, und nach einer ebenfalls aufgenommenen Rede  
Geheimrat Coltes wurde seine Kandidatur unter lebhaftem  
Beifall einstimmig proklamiert. Die anwesenden Vertreter  
der fortschrittlichen Volkspartei erklärten sich mit der Kandi-  
datur Coltes ebenfalls einverstanden.

## Ausland.

### Türkischer Protest gegen italienische Grausamkeiten.

Konstantinopel, 6. Nov. Die Poste veröffentlicht den  
Text der heute angefangenen Protestnote, die sich gegen  
italienische Grausamkeiten in Tripolis wendet. Die Note  
ist an alle Regierungen gerichtet, die an der Saager Kon-  
ferenz von 1907 beteiligt waren. Sie weist auf Artikel 1  
und 2 der Vorbestimmungen betreffend Kriegsverbrechen hin,  
worin die Bevölkerung, welche vor der Okkupation eines Landes  
freiwillig in das Waffen greift, als kriegerisch und als  
Teil anerkannt wird. Durch seine handlungsweisige  
gegen die Bevölkerung von Tripolis und Benghazi hat  
Italien, so heißt es in der Note, die von ihm selbst zuge-  
lassenen Grundbesitz mit Füßen getreten. Das Gewissen  
der Welt schreit vor Entsetzen bei den von unpr-  
aktischen Zeugen veröffentlichten Einzelheiten über die Krieg-  
führung der Italiener, welche die Bewohner der Dörfer bei  
Tripolis ohne Unterschied des Alters und Geschlechts un-  
barmherzig niedergeschossen haben, weil einige  
patriotische Osmanen in Tripolis die um die Befreiung der  
Welt kämpfende Arme hatten unterstützen wollen. Die  
Note betont schließlich, die Poste erfüllt mit ihrem Protest  
gegen die Grausamkeiten und Verbrechen der Italiener nicht  
eine Pflicht der Selbstverteidigung, sondern  
auch eine höhere Pflicht gegenüber den solidarischen Natio-  
nen, weil die Zivilisation der Gegenwart Gefahr laufe, ein  
leeres Wort zu werden.

### Die Kämpfe an der tripolitanischen Küste.

London, 6. Nov. Nach Depeschen aus Tripolis haben  
die Türken neue Angriffe auf Tripolis unternommen. Am  
Sonntag wurde das Fort Sultana wehlig von  
der Stadt beschossen. Die Italiener antworteten mit  
Geschützfeuer von den Schiffen, das die Küste hindurch fort-  
gesetzt wird. Englische Kriegskorrespondenten können sich  
nicht genug über diese Munitionsverschwendung wundern, die  
ungeheure Summen kosten müsse.

Paris, 6. Nov. Nach einer Meldung aus Tripolis  
vom 5. d. M. hat eine Bataillon der Stadt vor festum auf-  
gestellte türkische Batterie einige Geschosse auf die  
zur der Küste liegenden Schiffe und in die Stadt geschleu-  
dert, während Arbeiter in einer Palmplantage aus dem  
Sinterhalt auf die Italiener feuerten, die unter dem Schutz  
der Schiffsgeschütze einen kräftigen Gegenstoß führten.

### Ein angelegter deutscher Trinkspruch.

Konstantinopel, 6. Nov. Ein hier, allerdings nur aus  
französischer Quelle, bekannt gemordener Trinkspruch  
des deutschen Militärattachés in Tripolis, ange-  
lich des Inhalts, daß der Sieg der Italiener ein  
allgemeiner Wunsch sei, befremdet stark in türki-  
schen Kreisen, die die Äußerung sich um so unangebrachter  
halten, als sie auf politisches Gebiet hinüberspielt, auf dem  
Militärattachés nicht zuständig sind. (In Berlin ist von  
solchem Trinkspruch bisher nichts bekannt geworden. Red.)

## Kongresse und Verbandstage.

Der Verband zur Wahrung der Interessen der Deutschen  
Betriebsrentenlosen (Eisen) hat in der am 28. Oktober 1911  
zu Berlin stattgefundenen Vorstands- und Ausschußsitzung folgende  
Entscheidungen angenommen:

### A) Zur Mitgliedschaft:

1. Durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze in der  
Krankenversicherung für die Angehörigen von 2000 Mark auf  
2500 Mark wird die freie ärztliche Praxis nicht wesentlich be-  
schränkt, da hierbei überhaupt nur gegen 300 000 Angehörige in  
Betracht kommen, von denen der größere Teil zurzeit schon den  
Krankenfallen als freiwillige Mitglieder angehört. Es kann  
daher hieraus kein Grund zur Auflösung bestehender Ärzte-  
vereine hergeleitet werden. Ungerechtfertigt ist auch die Forde-  
rung, die einzelnen Leistungen der Ärzte für diese An-  
gestellten noch den logen ortsüblichen Sätzen, also höher als nach  
den Krankenfallen gesetzlich gewährtesten Mindestsätze zu  
honozieren. Die Krankenfallen müssen aus manngfachen schwer-  
wiegenden Gründen an einer gleichmäßigen Bezahlung in der

Form von Haushaltsplan bestehen, zumal sie verpflichtet sind, von  
allen Versicherenden den gleichen Beitragssatz zu erheben.

2. Den im § 314 Abs. 2 A.D. ausgesprochenen Willen des  
Gesetzgebers gemäß ist die Mitgliedschaft eines freiwilligen Mit-  
gliedes unzerstörlich aufzuheben, sobald festgestellt, daß das regel-  
mäßige Gesamtentkommen 4000 Mark übersteigt.

3. Zur Abwehr des von den Ärzteorgani-  
sationen ausgehenden unzulässigen, die Rassen schwer  
schädigenden Arztaufwanges (freie Arztwahl) wird den  
Rassen dringend empfohlen, in solchen Fällen die Ermächtigung,  
statt der ärztlichen Behandlung eine Heilleistung zu gewähren,  
nachzuholen, sobald eine gewisse Gewähr für die Durchführbar-  
keit dieser Vorkehrungen gegeben ist.

### B) Zur Apothekertage:

Die Reichsvereinerungsordnung zwingt die Apotheken,  
unter bestimmten Voraussetzungen alle Apotheken des Bezirks  
zur Lieferung zuzulassen. Es wird dadurch den Apotheken  
fast unmöglich gemacht, angemessene Vereinbarungen mit Apo-  
theken zu treffen, sobald die Apotheken in Ausübung dieser  
Zwangslage sich bestreben, bei hohen Beitragssätzen ver-  
pflichtet haben, Wohlwollen mit Krankenfallen nur unter den  
von ihrer Organisation festgelegten, den Interessen der Kranken-  
fallen bei weitem nicht entsprechenden Bedingungen zu schließen,  
für die zukünftigen Schäden ergibt sich hieraus die Pflicht,  
die ihnen im Gesetz gegebenen Befugnisse in einem Sinne anzu-  
wenden, daß den Krankenfallen ein angemessener und billiger  
Bezug ihrer Arznei- und Heilmittel gewährleistet ist.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 7. November.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle a. S., 6. Nov.

Am Vorstandssitz der Herren Geh. Medizinalrat Prof.  
Dr. Schmidt-Rimpler, Baumeister Gygas und  
Kaufmann Probst.

Eingegangen ist ein Dankschreiben des Ornithologischen  
Zentralvereins, der sich für die Beiträge zur Geflügelausstel-  
lung bedankt.

Die hiesigen Buchhändler bitten dringend, den

### künftigen Hilfsverlauf

einzufassen. Es würden durch die Einrichtung in ihrer  
Kriegszeit auf äußerste bedroht, manche nur den Ruin gelteit,  
die dann gegen die Stadt Entschädigungsansprüche geltend  
machen werden. Wir leben nicht in einem sozialistischen  
Staat, in den solche Einrichtungen hineinpassen würden. Die  
Verantwortung beifolgt Uebertragung zur Tagesordnung, da die  
Interessen der Allgemeinheit dem privaten Interesse des  
Eingelnen vorgehen müsse.

Weiter wird vom Magistrat mitgeteilt, daß das Ober-  
verwaltungsgericht die Befreiung der

### Gehaltsnachzahlung für 1908

als nicht zulässig erklärt hat. Die Beträge müssen jetzt zu-  
rückgezahlt werden, und zwar will der Magistrat auf die  
Beamten bei der Rückzahlung einwirken, die seinerzeit  
nicht Einspruch erhoben haben. Es sind im ganzen 12 188  
Mark zurückzuzahlen. Die Verammlung nimmt Kenntnis  
davon.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.  
1. Der Magistrat beantragt, zu den im Gaswerksrat  
des Rechnungsjahres 1911 unter Kap. I. a. a. 1 für die Be-  
schaffung des Gas- und Wasserwerksdirektors  
vorgesehenen Mitteln in Höhe von 4250 Mark den Betrag  
von 1811,11 Mark aus den zu erwartenden Ueberflüssen der  
Gas- und Wasserwerke für Rechnungsjahr 1911 nachzubewil-  
ligen. Er führt, wie der Referent Herr St. Borchert  
darlegt, dazu aus: Durch das Ableben des Herrn Schreyer  
wurde im vergangenen Jahre die Stelle des Gas- und  
Wasserwerksdirektors frei. Bei Aufstellung des Etats der  
Gaswerke für Rechnungsjahr 1911 war noch nicht zu über-  
sehen, welche Geldmittel im kommenden Jahre für die Stelle  
erforderlich sein würden. In der Annahme, daß bis zum  
Dienstantritt des neu zu wählenden Direktors noch längere  
Zeit vergehen würde, glaubte der Magistrat, mit dem einge-  
schickten Betrage von 4250 Mark auszukommen. Es ist ihm  
jedoch gelungen, die Stelle bereits vom 15. Juni 1911 ab  
wieder zu besetzen, und zwar zunächst provisorisch durch  
Herrn Kap. I. a. a. 1 des Gaswerks-Rats vorgesehene Mittel,  
welche bereits durch Verrechnung von 500 Mark ge-  
schmälert werden sind, bedürfen daher nach der vorgelegten  
Verrechnung einer Verhäufung um 1811,11 Mark.  
Die Verammlung tritt dem Beschluß bei.

2. Der Magistrat hat beschlossen, dem Herrn Direktor  
der Gas- und Wasserwerke Schmidt die auf  
927 Mark berechneten Umzugskosten, welche ihm durch seine  
Ueberfiedelung von Duisburg nach Halle entstanden sind, zu  
erlegen. Der Betrag ist den zu erwartenden Ueberflüssen  
der Gaswerke für das Rechnungsjahr 1911 zu entnehmen.

Der Antrag wird folgendermaßen begründet: Der Ma-  
gistrat hat vorbehaltlich der späteren Zustimmung der Stadt-  
verordnetenversammlung dem Regierungsbaumeister a. D.  
und Oberingenieur der hiesigen Gas-, Wasser- und Elek-  
trizitätswerke Karl Schmidt in Duisburg die Stelle des  
Direktors der Gas- und Wasserwerke übertragen. Seine An-  
nahme ist zunächst auf eine einjährige Probezeit im Wege  
des Privatienvertrages gegen 7000 Mark Jahresgehalt  
neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung des neuen  
freiem Wasser erfolgt. Das Dienstentkommen des neuen  
Direktors ist erheblich niedriger, als dasjenige des verstor-  
benen Direktors Schreyer, welcher 8500 Mark Jahresgehalt  
besaß. Der Vorstand hebt sich, daß Herr Schmidt, weil er auf  
Wunsch den im dienstlichen Interesse liegenden sofortigen  
Antritt seiner hiesigen Stelle bereits am 15. Juni 1911 be-  
trifft hat, für die Zeit vom 16. Juni bis 30. September 1911  
für seine Duisburger Wohnung 300 Mark Miete hat zahlen  
müssen. Der Magistrat hält die Erstattung der auf 927 M.  
berechneten Umzugskosten für angemessen.

Die Verammlung stellt sich auf denselben Standpunkt.  
3. Der Magistrat beantragt, eine zweite W. a. g. i. r. a. s.  
a. j. f. r. e. l. l. e mit dem etatsmäßigen Jahresgehalt der  
schon bestehenden Stelle (3800+4x350=5200 M.) zu er-  
richten und den für das laufende Etatsjahr erforderlichen  
Betrag dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu ent-  
nehmen.

(Die Vorlage ist bereits von uns in der geftirgen Num-  
mer mitgeteilt. Die Red.)

Die Verammlung akzeptiert die Vorlage.

Punkt 4 wird vertagt.

5. Der Haushaltsplan der Brumhard-Stiftung für 1912

wird in Einnahme und Ausgabe auf 551,50 Mark festgelegt. (Ref. Herr Stv. Faustsch.) Die Chargierten und Mannschaften der Berufsfeuerwehr bitten um Gehaltsaufbesserung. Die Sache wird verlagert.

7. Der Magistrat beantragt, den **Magistratsboten** Magazindienern des Reichs und den Polizeigehehilfen auszusuchen. Am 1. April 1912 ab folgende Gehaltsätze zu gewähren: Anfangsgehalt 1450 Mark jährlich, steigend in den fünfjährigen Stufen von je 100 Mark bis zum 5. Jahre; übertragene von 2050 Mark.

Er lagt zur Begründung: Die Boten und die ihnen gleichgestellten Beamten begehren zurzeit ein Anfangsgehalt von jährlich 1450 Mark, steigend in sechs dreijährigen Stufen von je 75 Mark auf 1900 Mark. Es haben darum gebeten, dass ihre Gehälter in Höhe von 100 Mark erhöht werden. Tatsächlich sind es die einzigen Beamten, deren Gehaltsätze so niedrig sind wie die Gehaltsätze der Boten. Der Magistrat hält die Bitte für gerechtfertigt.

Es handelt sich größtenteils um Inhaber des Zivilverordnungsamtes mit mehr als neun (meistens zwölf-)jähriger Dienstzeit im Heere. Sie sind bei ihrer Anstellung meistens verheiratet und stehen im Alter von etwa 32 bis 33 Jahren. Selbst die Feuerwehrleute, welche nur einen zwei- bis dreijährigen Militärdienst abgeleistet haben und sind bedeutend früherem Lebensalter mit einem Anfangsgehalt von 1300 Mark jährlich zur Anstellung gelangen, steigen alle drei Jahre um 100 Mark. Die behauptete Gehaltserhöhung würde im Rechnungsjahre 1912 eine Mehrausgabe von 1500 Mark verurlichen.

Herr Stv. Knaabe als Referent des Etatsausflusses weist darauf hin, dass eine ähnliche Vorlage erst unlängst abgelehnt ist. Der Ausschuss habe die Gründe des Magistrats nicht anerkannt und empfiehlt Ablehnung.

Herr Stv. Helmecke meint, man verheißt es in der Bürgerliste nicht, dass man diesen am geringsten besoldeten Beamten die keine Aufbesserung verlange. Er spricht sich sehr energisch dafür aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. K. v. B. betont nochmals die Gründe des Magistrats. Den Feuerwehrleuten, die 1900 bis 1900 Mark begehren, habe man 100-Mark-Estufen gegeben. Und schließlich müsse man die Boten, wenn man nun mal von einem Rang sprechen wolle, höher stellen, da sie eine zwölfjährige Militärdienst, jene nur eine dreijährige durchzumachen haben. Nun sagt man: Der Stein ist im Rollen; andere Beamten werden nachfolgen mit ihren Wünschen und der Magistrat wird darauf eingehen.

Ich erkläre demgegenüber namens des Magistrats: Wir haben keine Ansprüche auf Gehaltserhöhung für irgend eine Beamtenkategorie mehr zu stellen; dieser Antrag ist der letzte.

Die Feuerwehrleute sind mit Gehaltsforderungen heranzutreten, aber der Magistrat ist nicht darauf einzuweichen, er hat abgelehnt. Er wartet nun ab, was das Kollegium beschließt.

Herr Stv. Emmer: Ich und meine Freunde sind für den Magistratsantrag; ja, wir hätten ihn für nicht einmal ausreichend, wir möchten auch das Anfangsgehalt um 50 M. von 1450 auf 1500 Mark heraufsetzen.

Die Herren Stv. K. v. B., Helmecke, Meyer und Borchert erklären sich für die Aufbesserung im Sinne der Magistratsvorlage.

Herr Stv. Giese bemerkt, er habe das vorige Mal dafür gestimmt, er werde jetzt dagegen stimmen, nachdem im Etatsausfluss vorgeschrieben sei, dass die Boten eine Bezahlung von 40 Mark pro Woche haben. Solche Löhne würden im Privatleben nicht gezahlt.

Herr Stv. Lembert entgegnet, dass man solche Aufbesserung, wie sie Herr Giese vornehme, nicht aufzuzahlen dürfe. Die Boten seien keine Arbeiter.

Herr Stv. Giese: Man braucht gar keinen Vergleich mit den Arbeitern zu ziehen, aber man muß doch eine Einheit wahren, von der aus man die Sache betont. In den Büros der Rechtsanwaltschaft (Heiterkeit) würden sicherlich nicht so hohe Gehälter gezahlt, wie die Magistratsboten sie bekommen. Die ewigen Gehaltsverhandlungen tragen nicht dazu bei, in der Bürgerliste Harmonie zu schaffen.

Herr Stv. Knaabe verteidigt in seinem Schlusswort den Antrag auf Ablehnung, wie ihn der Etatsausfluss stellt. Die Ablehnung ergibt mit großer Mehrheit.

**Annahme des Magistratsantrages auf Erhöhung der Botengehälter.**

Die anderen Punkte wurden verlagert. Der öffentlichen Sitzung folgte eine geschlossene.

### Die Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung.

Der erste Wahlgang hat der Sozialdemokratie einen ansehnlichen Vorsprung gebracht: Es stehen am Schluss des ersten Tages 1898 bürgerliche gegen 2404 sozialdemokratische Stimmen. Das muß für jeden bürgerlichen Wähler eine erste Wahlung sein, nun aber scheitert heute am zweiten Wahlgang seiner Wahlpflicht nachzukommen. Die Sozialdemokratie macht diesmal ganz außerordentliche Anstrengungen, ihre Liste durchzuführen; tatsächlich ist ihr Vorsprung so groß, wie er noch in keinem Jahr am ersten Tage war. Und dennoch läßt sich die Scharte wieder ausweichen und der Sieg bleibt der bürgerlichen Sache, wenn die bürgerlichen Wähler sich auf sich selbst besinnen, wenn sie die Saubert und Gleichgültigkeit mal eine Stunde beiseite lassen und zum Wahlgang kommen. Hoffen wir, daß der dringende Mahnruf nicht ungehört verhallt!

Im einzelnen stellt sich das Ergebnis folgendermaßen:

Wahlbezirk	Bürgerl.	Soz.	Stimmen
Kaiser Wilhelmshalle	180	190	370
Schulmäßig Werksbörgerle	212	450	662
Schule in der Dreyhauptstr.	70	163	233
Schule in der Dreyhauptstr.	207	562	769
Schule in der Dreyhauptstr.	135	104	239
Schule in der Schillerstraße	363	170	533
Schule in der Hermannstraße	200	208	408
Schule in der Freiensestraße	269	130	399
Schule in der Taubenstraße	253	426	679
<b>Insgesamt 1898</b>	<b>2404</b>	<b>2404</b>	<b>4808</b>

Vor zwei Jahren hatten am Schluss des ersten Wahlganges

die Bürgerlichen 1701, die Sozialdemokraten 2046 Stimmen. In den Vororten wurden abgegeben: Schule in der Brunnenstr. 93 Bürgerl. 453 Soz. 546  
Ebnalshofbrauerei 87 " 478 " 565  
Insgesamt 180 " 931 Stimmen.

### Hallischer Kalender 1912.

In dem bestbekanntesten Verlage G. U. F. v. Moritz in Halle ist loben der „Hallische Kalender 1912“ erschienen. Damit bereitet Herr Moritz für das kommende Jahr den Bürgern der Saalestadt wieder eine banenswerte Freude. Aber auch jählicher Fremde wird den geschmackvollen Kalender gern begrüßen, der uns durch das Tor der altverwöhnten Moritzburg zu einer Fülle künstlerischer Genüsse führt. Sie sollen hier zwar nicht einzeln aufgeführt werden; aber so viel sei doch verraten, Hans Hering, Heinrich Kopp und Alfred Wegner haben dem Werke ihre künstlerische Hand geliehen. So legt uns z. B. Hans Hering das „Kornhaus in der Vorburg Gieselschleien“ bei stimmungsvollem Wondenschein, und Heinrich Kopp heuert mit „Blauflut“. Das Innere der Kreuzkapelle im Rathaus“ bei, während Alfred Wegner der berufene Zeichner der Herrenreise aus Halles Umgebung ist.

Als literarische Mitarbeiter zeichnen sich auch diesmal wieder die Herren Dr. W. v. Sauerlandt („Der Knoblauchemittler“), Dr. G. G. Schmidt („Hallische Geschlechter“), sowie Pastor K. Heine („Der grüne Hof“), mit ebenso interessant, wie anregend belebten Gaben aus.

Die Ausstattung des Buches ist an Papier und Druck gleich vornehm, wie früher, und so liegt zu erwarten, daß der „Hallische Kalender 1912“ überall reiche Anziehungskraft ausüben wird, wie er es verdient.

Dr. B.

### Der kaufmännische Arbeitsmarkt in den ersten drei Vierteljahren 1911.

Nach den amtlichen Veranmeldungen im Reichsarbeitsstatistik hat die Befragung des kaufmännischen Arbeitsmarktes an. In den ersten neun Monaten d. J. wurden bei den Vereinen, die ihre Ergebnisse dem Reichsarbeitsstatistik mitteilen, 52.043 offene Stellen für männliche und 21.825 für weibliche Handlungsgeschäften angemeldet, gegen 47.323 und 18.185 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Als Bewerber ließen sich 55.394 männliche und 20.733 weibliche Angestellte vormerken, gegen 57.895 und 17.475 in den ersten drei Vierteljahren 1910. Die Zahl der männlichen Bewerber ist also ziemlich gleich geblieben, während die Zahl der für diese angemeldeten Balancen erheblich gestiegen ist. Die Besetzungen durch die Vereine beliefen sich auf 20.159 für männliche und 9778 für weibliche Handlungsgeschäften, gegen 17.939 und 8365 in der entsprechenden Zeit 1910. An der Vermittlung von Stellen für männliche Geschäften waren in den ersten neun Monaten d. J. hauptsächlich die nachstehenden vier Verbände mit den dabei angegebenen Besetzungsziffern beteiligt: Verein für Handlungs-Kommissionen in Hamburg 7815, Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig (1827), Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (2585) und der Kaufmännische Verein in Frankfurt a. M. (1819).

### Herbst-Kontrollerverfammlungen!

Die Herbst-Kontrollerverfammlungen 1911 im Landwehrbezirk Halle a. S. finden statt:

#### Kontrollplatz Halle a. S.

Für die in der Stadt Halle a. S. und den eingemeindeten Vororten Gieselschleien, Trotha, Gröbmitz und Gut Gimiritz bei Halle wohnenden Mannschaften in den Germania-Sälen (früher Sporthotel), Gr. Steinstraße 27/28.

#### Provinzial-Infanterie.

Am 8. November 1911 vorm. 8 Uhr für die Mannschaften der Jahresklasse 1905, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben L bis Z beginnen.

Am 8. November 1911 vorm. 9½ Uhr für die Mannschaften der Jahresklasse 1906, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben A bis K beginnen.

Am 8. November 1911 vorm. 11 Uhr für die Unteroffiziere und Unteroffizier-Aspiranten der Jahresklasse 1905, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben L bis Z, der Jahresklasse 1906, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben A bis K und für Unteroffiziere und Mannschaften der Jahresklasse 1906, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben L bis Z beginnen.

#### Kontrollplatz Helbra (Gasthof zum Kronprinz).

Am 8. November 1911 vorm. 9½ Uhr für alle Jahresklassen der Reserve der Provinzial-Infanterie aus Helbra.

Am 8. November 1911 vorm. 10½ Uhr für alle Jahresklassen der Reserve, der Spezialwaffen aus Helbra und sämtliche Jahresklassen und Waffen aus der Ortspost Bernsdorf 6. W.

#### Kontrollplatz Giesleben (für die Stadt) - Wiesenhaus.

Am 8. November 1911 nachm. 2½ Uhr für die Mannschaften der Jahresklassen 1904 und 1905 aller Waffen aus Giesleben.

Am 9. November 1911 vorm. 8 Uhr für die Mannschaften der Jahresklassen 1906 und 1907 aller Waffen aus Giesleben.

Die theologische Konferenz für Sachsen und Anhalt wird am Mittwoch, den 8. Nov., von 1 Uhr ab ihre erste Sitzung im Ev. Vereinshaus (Kl. Anhaltstraße 6) abhalten. Die Konferenz wird unter Ausschluß jeglicher Kirchenpolitik ihre Mitglieder und Teilnehmer theologisch fördern. Prof. D. C. d. Gieschen wird sprechen über: „Gottes Persönlichkeit“. Kantor Prof. D. Bornemann-Frankfurt a. M.: über „Die Kirche und die Kinder (Kinderergötzen, Kindertausch, Kindergebärdnisse)“. Zu näherer Auskunft ist bereit Pastor Giesche, Halle a. S., Preimfelderstraße Nr. 9.

Die neuen Hundertmarksteine werden bekanntlich wegen ihres Formats von den Handarbeitern als unzureichend und unhandlich angesehen. Gegenüber laut gewordenen Wünschen und Anträgen auf Wiedereinziehung usw. hat jedoch das Reichsbankdirektorium den Bescheid erteilt, daß die Wiedereinziehung der neuen Hundertmarknoten zurzeit nicht in Aussicht genommen werden können.

### Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichung unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung; für die Richtigkeit der Angaben auf Grund des H. M. W. 2. des Reichsgesetzes in vollem Umfange der Einbeziehung verantwortlich.)

#### Der Zuluisturm auf dem Rannischen Platz.

Zu den Ausführungen in der Ausgabe vom Sonnabend möchte ich noch folgendes hinzufügen: Linie 6 der Stadtbahn, die gerade in diesem Jahre an Verkehr sehr zugenommen hat, läuft durch

die ganz Einbeziehung und die ganze Fortsetzung zweigleisig, nur ausgedehnt über den Rannischen Platz einseitig; was wegen der Umfänge besonders nützlich ist. Und warum? weil der Zuluisturm den Platz verengt!

Die in Aussicht gestellte (?) Verlängerung der Linie 1 durch die Besenrothe macht den Abbruch dieses schönen Bauwerkes natürlich selbstverständlich.

Zu jeder Verlängerung noch eine Bemerkung: die lange Besenrothe bildet die gerade Verlängerung des Steinweges, die Verbindung des Südens mit der Innenstadt. Die Straßenbahn mußte einmal durch die Besenrothe geführt werden. Warum hat man denn nicht gleich die Besenrothe, besonders den Damm, für Durchlegung einer zweigleisigen Straßenbahn so angelegt, daß die Gleise in die Mitte des Fahrdammes gelegt werden können? W. Sch.

## Provinzialnachrichten.

### Religionsunterricht und Lehrerschaft.

Leipzig, 3. Nov. Eine Mitgliederversammlung des Leipziger Lehrvereins nahm zu den Verhandlungen und Beschüssen der jüngsten Landeskonferenz Stellung und faßte einstimmig eine Resolution, in der es am Schluß heißt:

„Ein Religionsunterricht im Sinne der Synode ist mit den Überzeugungen der Lehrerschaft unvereinbar; die Anbahnung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Kirche und Schule erscheint nach diesen Beschüssen der Synode ausgeschlossen; das Ziel der Lehrerschaft kann nach wie vor nur die völlige Trennung von Kirche und Schule sein.“

### Raubmord.

Braunschweig, 5. Nov. In der vergangenen Nacht ist auf der Landstraße bei Rittergut Martinsbühl, in der Nähe von Weins, der Oberkammermann Paulmann aus Martinsbühl hintertriebs erschossen und beraubt worden. Die Täter, die Stallschweizer Knappstein aus Ohligs, Bartels aus Mühlengraben und Engler aus Ennewitz (Bezirk Merseburg) konnten heute in Braunschweig festgenommen werden.

### Kartoffeln und Kohlen.

Jena, 4. Nov. Die Notstands-Kommission der Stadt Jena hat zur Abhilfe der Teuerung 1200 Zentner Kartoffeln und einen Wagon Weizen bestellt, die demnächst hier einströmen werden. Die Kartoffeln sollen zu 3,50 M., das Weizen zu etwa 5,00 M. der Zentner abgegeben werden.

Hildesheim, 4. Nov. Es wird beabsichtigt, für unsere mindereinstelligen Mitglieder eine Verkaufsstelle für Speisekartoffeln, Kohlen und Holz zu errichten. Der Verkaufspreis soll dem Selbstkostenpreis entsprechen (für gegenwärtig 3,50 bis 3,70 M.). Bezüglich des Selbstkostenpreises werden in einigen Tagen die Verhandlungen soweit geendet sein, den Verkauf auszuführen.

### Selbst, 4. Nov. (Schlechte Kartoffellieferung.)

Der Vorstand des reichstreuere Vereins hat für seine Mitglieder, wegen der hier herrschenden hohen Kartoffelpreise, mehrere tausend Zentner Kartoffeln auswärts bestellt. Nachdem die ersten Lieferungen eingetroffen sind, stellt sich heraus, daß ein sehr hoher Prozentsatz wegen Qualitätsmangels ungenügend ist. Der Verein, dem nicht die geringste Anzahl bezuzahlen ist, wird alle Mittel anwenden, um die Mängel mit guter Ware zu entschädigen.

### Keine Taschenlampen im Theater.

Leipzig, 5. Nov. In zahlreichen Theatern hat sich die Unsitte eingebürgert, während der Vorstellung im verdunkelten Zuschauerraum zum Nachhaken im Programm oder im Textbuch eine elektrische Taschenlampe zu Hilfe zu nehmen. Damit ist natürlich stets eine unheimliche Störung für das übrige Publikum verbunden, ganz abgesehen davon, daß leicht eine Panik entstehen kann. Am nun diesem Mißstand ein für alle mal ein Ende zu machen, hat die Stadtverwaltung die Benutzung elektrischer Lampen in den öffentlichen und privaten Theatern während der Vorstellung gegen hohe Geldstrafen verboten.

### Gedenkfeste der Schlacht bei Torgau.

Torgau, 6. Nov. Eine Gedenkfeste an die Schlacht bei Torgau, die hauptsächlich der Jugend gelten sollte, fand am Sonntag nachmittags am Denkmahl der Schlacht bei Torgau statt. Die Feier wurde eingeleitet mit dem Gesang des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles“. Sodann begrüßte Herr Bezirkskommandeur Major Bredig die Versammelten. Herr Hauptmann a. D. v. Blume hielt einen etwa ½ Stunde währenden Vortrag über die Schlacht bei Torgau. Er führte an, daß es auf diesem Boden am 3. November 1760 zwischen preussischen Truppen zu einer mörderischen Schlacht gegen die fast doppelt so starke österreichische Armee kam und die durch General Ziebens Kühnheit zum herrlichen Siege für Friedrich den Großen wurde. Der Held der Schlacht, harte die Stellungen an, die die Österreichere eingenommen hatten und besah die Richtungen und Wege, von welchen die Preußen zum Angriff vorgegangen sind. Schließlich überreichte Hauptmann v. Blume die Reden, die aus dem Verlaufe der Schlacht gezogen werden können.

Nach Beendigung des Vortrages ergriff nochmals Herr Major Bredig das Wort. Er wies darauf hin, daß wir Deutsche aus dem unbegreiflichen Willen des großen Königs, den Siegen des gemattigten Feldherrn und die Fähigkeit seiner Grenadiere lernen sollten, uns die anzueignen.

Die Feier wies trotz des wenig günstigen Wetters einen sehr guten Verlauf auf.

### Der neue Oberbürgermeister.

Göthen, 4. Nov. Eine gestern abend abgehaltene nichtöffentliche Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit der Wiederbeziehung der durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigten Oberbürgermeisterstelle. Nach eingehender Ausprache wurde mit erheblicher Mehrheit beschlossen, von einer Ausweitung der Stelle abzusehen und der für den nächsten Freitag angeordneten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung den bisherigen Stadtrat Dr. jur. H. J. Heumann zur Wahl vorzuschlagen. Stadtrat Dr. jur. Heumann ist seit etwa zwei Jahren hier tätig und war vorher Stadtrat in Magdeburg.

### Der erste Schnee.

Lambach, 5. Nov. Ein lebhaftes Schneetreiben trat gestern mittag auf den Höhen des Waldes ein, so daß in kurzer Zeit Wald und Feld mit einem weißen Schnee bedeckt waren. Auch an vielen anderen Stellen des Gebirges hat sich bereits der erste Schnee eingestellt.

**Verleugung, 4. Nov. (Verleugungsmat.)** Die Stadtkorrespondenten beschließen die Errichtung eines Verleugungsmat für die Stadt.

**Gelehen, 6. Nov. (Freiwillig gestellt.)** Der Arbeiter Karl S. von hier, der im Oktober v. J. einem hiesigen Zigeleibesitzer 445 Mark unterlag und dann ins Ausland flüchtete, meldete sich gestern abend gegen 9 1/2 Uhr freiwillig auf der hiesigen Polizeiwache, um sich dem Gericht zu stellen. Er wurde in Haft genommen. (Geld belag er nicht mehr.)

**Delikt, 4. Nov. (Die Schühengilde)** beschloß auf dem Schühenhilfsrat ein großes Erweiterungsbauwerk zu beschließen. Außer einem neuerbauten Anbau der Wirtschaftsräume ist der Neubau eines großen Festsaales nebst dazu gehörenden Nebenräumen mit Schloßhalle notwendig neu gebaut worden. Es sind zwei Nebenräume, 12-14 Räume zu 175 Meter, zwei Nebenräume zu 300 Meter und ein Saalraum vorgesehen. Diese Nebenräume werden dann getarnt, auch ein größeres Schloß, wie das Provinziallandeshaus, hier abgehalten. Die Gelehenen sind aus 65-70 000 Mark veranschlagt.

**Wälfchen, 4. Nov. (Fischer Diebstahl.)** Zwei russische Wälfchenarbeiter stahlen eine auf dem hiesigen Rittergut in Urfeld liegenden Polin 400 Mark, die diese in einem Beutel auf ihrer Brust trug. Die verdächtigten Diebe hatten die Frau betrunken gemacht. Das Geld wurde später zwischen leeren Bierflaschen aufgefunden.

**Belgen, 5. Nov. (Die Eisenbahn-Vorarbeiten)** für die Bahnlinie Torgau-Belgien sind bis jetzt so weit vorwärts geschritten, daß die Abfertigungslinie bereits bis in die belgischen Grenzen hineinreicht, also die belgischen Grenzen überschritten hat. Im Verlauf der Abfertigungslinie dürfte der Bahnhof Belgen in die Gegend der Schillingen Windmühle zu liegen kommen.

**Wortwitz, 5. Nov. (Entscheidliches Gesch.)** Von dem kurz nach 10 Uhr vormittags hier durchgehenden Zuge der Kleinbahn Mühlberg-Burzdorf wurde heute am Bahnübergang der von hier nach Burzdorf führenden Straße eine Radfahrerin überfahren und getötet. Das Mädchen hatte, um das Abweichen vom Rade vor dem heranrückenden Zuge zu erfahren, ihre Fahrgeschwindigkeit verlangsamen wollen und jedenfalls geglaubt, dicht hinter dem vorübergehenden Zuge das Bahngleis passieren zu können. Der heftige Wind jedoch, mit dem sie fuhr, machte ihr dies unmöglich und trieb sie - Bahnschranken sind nirgends vorhanden - direkt in den hintersten Teil des zumit aus Rübenwägen bestehenden Zuges hinein. Sie kam so unglücklich unter die Räder, daß sie schwer verunmündet und getötet wurde. Ihre Persönlichkeit war bis zum Abend noch nicht festgestellt.

**Erst, 3. Nov. (Verkauf billiger Seefische.)** Der von der Stadtvverwaltung eingerichtete Verkauf billiger Seefische löst sich gut ein. Die Stadt hat einen Vertrag mit einer hiesigen Firma abgeschlossen, die zwei Verkaufsstellen dafür offen hält. Der Verkäufer ist verpflichtet, mit sehr geringem Nutzen umzugehen und sich der Kontrolle des Magistrats bezüglich zu unterwerfen, daß er ihm keine Seefische nachweist und die Befreiung der Verkaufspreise seiner Genehmigung unterstellt. Die ersten Verkaufstage waren gutem und vorgerichtet. In ungefähr 4000 Personen wurden über 7000 Pfund Seefische abgesetzt. Die Preise sind dem Zweck der Veranlassung entsprechend niedrig. Für Kabeljau werden 17 bis 20 Pf. für das Pfund bezahlt.

**Jena, 5. Nov. (Die hiesige Brauerei)** hat im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 167 000 Mark erzielt. Zur Belohnung wurde dem Braumeister Migula der Titel „Brauereidirektor“ verliehen. Ehre, um Ehre gebührt.

**Elbingerde, 3. Nov. (Schloßgautau.)** In der gemeinschaftlichen Sitzung der hiesigen Kollegien wurde u. a. beschloffen, der Regierung mitzuteilen, daß die Stadtvverwaltung für das ehemalige alte Schloß Elbingerde nicht über 15 000 Mark zahlen wolle.

**Greiz, 4. Nov. (Generalpardon.)** Der Landtag hat mit großer Mehrheit beschloffen, folgenden Generalpardon für frühere Steuerhinterziehungen in das neue Gemeindeabgabengesetz aufzunehmen: Wer im ersten Veranlassungsjahr nach dem Eintommen der Steuer, dem Vermögenssteuergesetz und Gemeindeabgabengesetz freiwillig Einkünfte und Erträge angibt, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht veräußert waren, obwohl sie zu veräußern gewesen wären, daß wegen unterlassener, unrichtiger oder unvollständiger Angaben Steuerforderungen und Bestrafung nicht zu gewärtigen.

**Naumburg, 5. Nov. (Zigeleischaule.)** Die Anzahl der bis zum 1. November zur Teilnahme am Meistertum fest angemeldeten Herren hat die erwartete Mindestzahl überschritten, so daß das Jubiläum des Meistertums aus diesem Jahre gestrichelt ist. Der Kursus beginnt bestimmt am 23. November vormittags 8 Uhr und wird am 6. Dezember abends 7 Uhr geschlossen. Jede gewöhnliche Anstalt über den Kursus wird teils von der Direktion der Schule unverzüglich erteilt. Es ist daher für jeden Zigeleibesitzer, Betriebsleiter oder Zigeleimeister, der sich für die Veranlassung interessiert, noch Zeit, Erkundigungen einzuziehen. Jedoch empfiehlt es sich, nicht länger damit zu warten, weil es schon vorgetrieben ist, daß für zu spät sich Meldende kein Platz mehr verfügbar war.

**Ernennungen, Ordensverleihungen.**  
Der Kaiser hat zum Propst an der St. Nikolai- und St. Marienkirche in Berlin an Stelle des mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand getretenen Propstes D. Faber den Generalinspektoren der Provinz Sachsen, bisherigen Superintendanten und Oberpastor an St. Nikolai in Potsdam, Wilhelm Haendler ernannt. - Den Roten Adlerorden vierter Klasse verliehen der Kaiser Karl Stuhz zu Burgwerben im Landkreise Weißenfels, den Kronenorden vierter Klasse der Magistratssekretär Karl Wälfchen zu Erfurt und der Segemeister Paul Beschlein zu Büttchen im Kreise Naumburg. Dem Segler a. D. Robert Kottländer zu Erfurt wurde der Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen. Das Allgemeine Ehrenzeichen dem bisherigen Zigeleimeister Paul Kallenberg zu Mühlhausen i. Th. dem Landwirt Hermann Müller zu Pölsdorf im Landkreise Weißenfels, dem Kirchengemeindevorstand Andreas Beyerling zu Schierke im Harz, dem Eisenbahnschloßbeamten Gottlob Meyer zu Annaburg im Kreise Torgau und dem Vorarbeiter Wilhelm Heinze zu Tennstedt im Kreise Döbeln verliehen.

### Kunst und Wissenschaft.

**Verdigung der Witwe Gustav Freitag.**  
Gotha, 6. Nov. (Privattelegr.) Unter großer Beteiligung fand gestern nachmittag die Beerdigung von Frau Anna Freitag, der Witwe Gustav Freitag, im Erbbegräbnis in Siebenbrunn bei Gotha statt. Unter den Hunderten von Kränzen befanden sich auch solche von Hermann Sudermann, Dr. Gustav Freitag und Stille.

**Der neue Rektor der Danziger Universität.** Geheimrat Professor Matthaß hat aus Gesundheitsrücksichten das Rektorat der Technischen Hochschule in Danzig niedergelegt; zu seinem Nachfolger wurde Professor Wagner ernannt.

**b. Frequenz der Universität Jena.** Man schreibt uns aus Jena: An der hiesigen Universität sind im laufenden Wintersemester bis jetzt 1664 Studenten immatrikuliert, gegenüber 1649 im Wintersemester 1910/11 und 1908 Sommersemester 1911.

**Das Schillerhäuschen in Leipzig-Gohlis** wurde, wie unser Korrespondent aus Leipzig schreibt, am Sonntag in der von Herrn Professor Rittowski angeordneten Neueinrichtung eröffnet. Die wenigen Zimmer des primitiven Hauses, in dem 1755 während des Sommers Schiller als Gast des Verlegers Göschen wohnte, und das „Lied an die Freude“ diktete, wird im Stil der Zeit hergerichtet werden. An den Wänden sind Bilder, Reliquien, Schriftstücke und Büsten angebracht, die den Besuchern an die ehemaligen Bewohner des Hauses und an Schillers Werte erinnern. Die wertvolle Bibliothek, die bisher im Schillerhäuschen untergebracht war, wurde der Königl. Universitätsbibliothek überwiehen.

### Luftschiffahrt.

Das Leipziger Ballonfestfliegen ist wegen des allzu starken Sturmes am Sonntag ausgefallen. Die peripetische Leistung ging bis zum letzten Augenblick mit der Absicht aus, das Festfliegen trotz des Sturmes stattfinden zu lassen. Das Unternehmen erwies sich aber als zu gefährlich. Am Montage werden die Ballons in ihre Heimatsorte zurückbefördert.

### Vermischtes.

**Der Marokkovertrag im Pariser Straßenbild.**

Man schreibt uns aus Paris: Als Gesprächsthema war die endliche Unterzeichnung des Marokkovertrages nicht sehr ausgeblieben, zumal auch die Pressekommission trotz der Mängel einzelner Bestimmungen ziemlich dürrig waren. Dagegen hat sich die Gesprächsflamme die Aktualität natürlich nicht entgehen lassen, und manchmal sah man recht hübsche Bilder. Am zahlreichsten waren die Worte eine folgende Art: über einem Gesprächsflamme ein großes Plakat: „Käufers überredet dem Kaiser ein Paar hochvermählte, „Schöne Marie“ mit einer möglichen Anzahl des Anbeters, der seiner Majestät anlässlich dieses erfreulichen Ereignisses nichts Besseres anbieten habe und der Kaiser dankt hochsehr. Ein Mannsbild stellt die Herren Ribbles-Wäcker und Cambon als die bekannten Spielpuppen dar, die pneumatisch durch Gummirohre in Bewegung gesetzt werden, darunter findet sich ein endloses Gebälk von einigen zwanzig Strophen, das trotz seiner Länge eifrig studiert wird und dessen immer wiederkehrende Einleitung abwechselnd lautet: „Cambon dit à Waechter - Tu as raison mon cher“ und „Waechter dit à Cambon - Mon vieux tu as raison“; manche lesen halblaut vor, wobei Wäcker stets „Wäcker!“ gesprochen wird. Der Vogel saß in dieser Beziehung ein bekanntes Sprengstoffwerkzeug, dessen Spezialität seit Jahren die politische Silberzettelerei ist; hier ist der Kaiser dargestellt, wie er den Vertrag auf dem Rücken eines Stierkopfes, der vor ihm kniet, untersucht. Das Bild ist in der Manier der „Rubik“ gehalten, und die Züge des Kaisers, der Schurrauer, der Helm, die Pfeile, Speere, der lange Gänsehals usw. aus Wäcker und Dreiecken zusammengesetzt. Gezeichnet ist das seltene Bild „E. Müller, peintre, cubiste“.

**Große Schwindereien eines Bankbeamten.**

Der Bankbeamte Adam Thomas, der sich vor einigen Tagen auf dem Sachsenhäuser Friedhof in Frankfurt a. M. erschloß, hat bedeutende Schwindereien verübt. Der Kleinbauern der umliegenden Dörfer schwindelte er Geld ab, das er geschäftlich in guten Papieren anlegen wollte. Das Geld verpfeffertete er aber in merkwürdigen Silberminen. Der Schaden, den die Leute erleiden, dürfte sich auf annähernd eine halbe Million Mark belaufen. Am Tage des Selbstmordes verkaufte Thomas der Bank gehörige Wertpapiere im Werte von 60 000 Mark und zahlte damit den Höchstbeträgen einen Teil des Geldes zurück. 52 000 Mark wurden aber wieder beschlagnahmt. Thomas hat außerdem 37 000 Mark, die seine Schwiegermutter in der preussischen Klassenlotterie gemann, unterschlagen und verpfeffert.

**Orient- und Mittelmeerfahrten der Hamburger-Amerika-Linie.**

In den letzten Jahren hat sich besonders in Deutschland die Neugier, eine Exkursion zum Berminghams und zur Erholung zu unternehmen, in immer stärkerem Maße ausgebreitet. Diese Reisen pflegen zur Winterzeit nach dem Süden ausgeführt zu werden, und alljährlich entfallen Tausende und Abertausende dem unwirksamen Norden mit seinem Schnee und Eis, um während dieser Zeit in dem milden Secklima des Mittelmeeres ihren Körper und Geist zu kräftigen und durch die gemessenen Meeresbrüde neu zu beleben. Den somit bestehenden Bedürfnissen Rechnung tragend, führt die Hamburg-Amerika-Linie alljährlich mit ihren erstklassigen, prachtvoll und zugleich bequem eingerichteten Dampfern, die eigens für Vergnügungsfahrtenzwecke gebaut sind, eine glänzende Reihe von Orient- und Mittelmeerfahrten aus. Die unvergleichliche Riviera, das sonnige Italien, Ägypten, das herrliche Arabien, die verschiedensten Häfen Nordafrikas, die Inseln Mallorca und Malta, Griechenland, das herrliche Gaiete, Konstantinopel, die Häfen der baltischen Küste, die Inseln Teneriffa und Madeira usw. werden in hundert Reisepfaden auf den etwa 12 bis 14 tägigen Reisen besucht und sind in dem für den Anfang nächsten Jahres besonders sorgfältig zusammengestellten Reiseprogramm enthalten. Angewandt wird auch hier für die Besuchsmöglichkeiten jeder finden, was ihn lohn und anregt.

**Eisenbahnunglück.** Sonntag morgen engelte in der Nähe des Bonner Bahnhofs infolge Reibens der Ruppelung von einem Güterzuge sieben Wagen. Sechs Wagen fielen um und wurden zertrümmert. Dadurch entstand eine achtstündige Verkehrsstörung. Der Personenverkehr wurde durch Umleiten aufrechterhalten. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Selbstmordversuch eines Berliner Bankiers.** Der 45 Jahre alte Bankier Moritz Helfert, der Sohn des Geheimen Kommerzienrats Helfert und Mitinhaber der Bankfirma Helfert u. Co. in Berlin versuchte Sonntag nachmittag in seiner Wohnung sich durch einen Revolvererschuss zu töten. Er wurde in fast hoffnungslosem Zustande in die Charité gebracht. Ueber die Beweggründe ist Sicheres nicht bekannt.

**Ein Gymnasialprofessor als Mörder.** Der Vizebürgermeister des rumänischen Baderortes Olamul Moldovei, Suruiin, wurde von seiner Gattin und ihrem Ehemann, dem Gymnasialprofessor E. I. G. ermordet. Die Leiche wurde zerstückelt und die Teile in einen Koffer gepackt und an eine fingierte Adresse

nach Roussiana geschickt, wo das Verbrechen entdeckt wurde. Hierauf wurden die beiden Schuldigen verhaftet. Der Professor führte sich jedoch, als er zum Verhör geführt werden sollte, aus dem dritten Stockwerk auf den Hof des Gefängnisses und war fort tot.

### Sport-Nachrichten.

**Wuerrtische Fußballspiele.**  
In Magdeburg schlug die Magdeburger Cricket-Viktoria den Magdeburger Sportklub 1900 mit 6:1. Das Spiel litt unter allzu großer Schärfe.

In Jena schlug der Jenaer Fußballklub Carl Zeiß den Jenaer Verein für Bewegungsspiele mit 16:1 und Carl Zeiß II schlug Bewegungsspieler II mit 3:0 (Verbandsspiele).

**Deutscher Bobfleigh-Verband.**  
In Berlin wurde am Sonntag im Hotel Bristol nach längerer Debatte ein Deutscher Bobfleigh-Verband mit vorläufig 8 Einzelvereinen, darunter Bobfleigh-Klub Schierke, gegründet.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Türkei bittet um die Vermittlung der Vereinigten Staaten.

HTB. Newyork, 6. Nov. Aus heimischer Veranlassung hat der türkische Botschafter in Washington offiziell an die amerikanische Regierung das Eruchen gerichtet, den Grenzkonflikt in Tripolis und dem Kriege ein Ende zu machen.

**Die deutsche „Hehe“ gegen Italien.**  
W. Rom, 6. Nov. Nach dem Korrespondenten der „Kreuzzeitung“ hat der Ministerpräsident Giolitti Aufforderungen über den Stand der öffentlichen Meinung Deutschlands gegeben in einem Briefe, dessen Inhalt die „Tribuna“ veröffentlicht. Danach sind die deutschen Einspartei die Vertreter einer Minderheit; die „wahre öffentliche Meinung“ (?) werde vertreten durch die Konservativen, Reichspartei und den rechten Flügel der Nationalliberalen. Die rechten politischen Gruppen seien „wahre und befähigte Freunde Italiens“. In dem Briefe erklärt Giolitti (dem Korrespondenten der „Kreuzzeitung“ zufolge), daß die Hehe gegen Italien das Mandat Finanzminister interessiert Italien sei.

**Die Anexion von Tripolis.**  
Konstantinopel, 6. Nov. Ueber die Anexion von Tripolis durch Italien herrscht hier große Erregung. Die Sparte wird bei den Mächten gegen das Vorgehen Italiens Protest einlegen.

**Studentenexzesse in Darmstadt.**

Darmstadt, 6. Nov. (Privat-Telegramm.) Ein großer Studentenauflauf entband heute früh gegen 5 Uhr in der Nähe des zweiten Polizeireviere. Die Studenten wurden bei den Verleude, in das Revier einzubringen, gewaltsam zurückgedrängt, einer wurde so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Bei dem Transport fielen das hiesige Krankenautomobil mit einer Autodrohse zusammen, wobei ein Sanitätsbeamter lebensgefährlich verletzt wurde. Ueber die Ursache der Exzesse sind Ermittlungen angefaßt.

**Austritt aus dem Zentralverband der Industriellen.**  
W. Mannheim, 6. Nov. (Privat-Telegr.) Nach dem Ausscheiden des großen „Südwestdeutschen Exportvereins“ ist nunmehr auch die „Industriebeiräte“ aus dem „Zentralverband deutscher Industrieller“ ausgetreten.

### Vermischte Drahtnachrichten.

W. Breslau, 6. Nov. Bei der Landtagserversammlung verloren Zentrum und Konervative über 30 Wahlmännern, so daß die Wiederwahl von Schiers (Frei. Sp.) gesichert ist.

W. Krakau, 6. Nov. (Privat-Telegramm.) Im Schnellzuge Wien-Krakau hat sich der Hauptmann Ernstherrmann für ein 3. Mann-Regiment Karl Fuhs in einem Anfall von Geisteserregung den Hals mit einem scharfen Messer vollständig durchgeschnitten. Er war sofort tot.

### Witterungs-Aussichten.

#### Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Jünnenau, Montag, 6. Nov., 8 Uhr morgens.  
**Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.**  
Das Tief ist nach dem Norden Skandinavien weitergezogen, es hat in seinem Bereich schweren Sturm gebracht, der an der Nord- und Ostsee noch heute anhält. Von Nordwesten scheint ein neues Tief nachzufolgen, doch fehlen die wichtigen Nachrichten von Island. Der Hochdruck aus Südwesten dringt nach Deutschland vor und bringt Besserung der Wetterlage.

#### Witterungsaussicht für den 7. November:

Beschuld bewölkt, mild, meist trocken; mäßiger, westlicher Wind.

#### Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)  
(Nachdruck verboten.)  
8. November: Bewölkt, teils trüb, kalter, Nebel, nach Aufh. 9. November: Nebel, trüb, feuchtwarm, nach Aufh. 10. November: Nebel, trüb, bewölkt, nach Aufh. 11. November: Weich trüb, nachh. teils heiter, nach Aufh.

Vertung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Karl Wehner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Euchtmeier; für den Interententeil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S. - Diese Nummer umfaßt 8 Seiten - einhundertfünfzig Unterhaltungsblätter.



